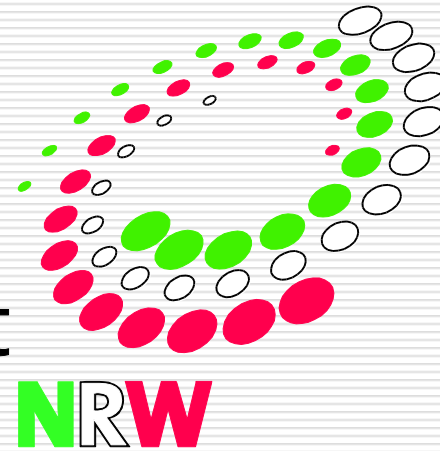


Landesintegrationsrat



HIER, wo ich lebe, will ich wählen!

Kampagne zum kommunalen Wahlrecht
für Nicht-EU-Ausländer

Wahlrecht für EU-Bürger in Deutschland

-
- 1992 Maastrichter Vertrag: Es wird eine „Unionsbürgerschaft“ eingeführt
Artikel 8....jeder EU-Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen....
 - 1995 erstmalige Wahlbeteiligung von EU-Unionsbürgern in Berlin
-

-
- Anhörung von Sachverständigen zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger im Landtag NRW

Dr. Felix Hanschmann (Uni Frankfurt a.M.):

Die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige auf Landesebene ist möglich!



Kampagnenpartner

- Landesintegrationsrat NRW
- DGB NRW
- Freie Wohlfahrtspflege NRW
- Landesseniorenvertretung NRW
- Landesjugendring NRW
- LandesschülerInnenvertretung NRW

[Home](#)[Partner](#)[Unterstützen](#)[News](#)[Veranstaltungen](#)[Info-Materialien](#)[Kontakt](#)

Landesintegrationsrat



DGB



LSV NRW
Landeschülerinnenvertretung NRW

DIE PARTNER DER KAMPAGNE

Sechs Landesverbände und -organisationen sind die Initiatoren der Kampagne

PARITÄT



Deutsches
Rotes
Kreuz

Diakonie



Jüdische
Gemeinden

Online-Petition



Wenn Sie die Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle unterstützen möchten, unterzeichnen Sie unsere Online-Petition!

[Unterschreiben](#) →

Beschlüsse der kommunalen Gremien



Zahlreiche Integrationsräte setzen das Thema auf die Tagesordnung ihrer Sitzungen.

[mehr](#) →

Über die Kampagne



Informieren Sie sich über die Hintergründe der Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle.

[mehr](#) →

Infomaterialien



Laden Sie sich hier die Info- und Werbematerialien zur Kampagne runter.

[mehr](#) →

Ziel der Kampagne

-
- Ziel ist eine Reform der nordrhein-westfälischen Landesverfassung, die das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten in NRW ermöglicht.
-

Hintergrund der Kampagne

-
- Die Verfassungskommission des Landtages bereitet zurzeit Vorschläge zur Änderung der Verfassung des Landes NRW vor.
 - Die Einführung des Wahlrechtes auf Landesebene für Unionsbürger stand auf der Tagesordnung der Verfassungskommission.
 - Der Landesintegrationsrat tritt für die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für alle ein.
-

-
- Der Hauptausschuss beschließt im Oktober 2014 den Start der Kampagne.
 - Auftakt der Kampagne im November 2014 in Köln.
 - Integrationsräte setzen das Thema auf die Tagesordnung.
-

-
- ❑ In 46 Integrationsräten wird das Thema behandelt.
 - ❑ 41 Integrationsratsbeschlüsse für die Einführung des KWR
 - ❑ 16 Ratsbeschlüsse für die Einführung des KWR (insgesamt 42 Ratsbeschlüsse seit 2006)
 - ❑ Die Verfassungskommission wird gebeten, dem Landtag die Änderung der Verfassung vorzuschlagen.
-

Aktionstag der Integrationsräte am 1. Mai 2015

-
- Der Hauptausschuss hat am 14.03.2015 beschlossen, auf den Kundgebungen des DGB am 1. Mai 2015 Unterschriften zu sammeln.
 - 33 Integrationsräte haben mit einem eigenen Stand auf den DGB-Kundgebungen teilgenommen.
-

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:

-
- die meisten Migrantinnen und Migranten schon seit vielen Jahren in den Städten unseres Landes leben. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit „ihrer“ Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort.
 - „demokratiefreie Zonen“ in Städten entstehen können. In Vierteln, in denen immer größere Bevölkerungsteile nicht wählen dürfen, verlieren Räte ihre Legitimation.
-

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:

-
- ❑ Integration nur über politische Beteiligung gelingt!
Als Subjekte der Politik können und wollen Migrantinnen und Migranten über die Zukunft der Städte und Gemeinden mitbestimmen.
 - ❑ sich Migrantinnen und Migranten im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes schon längst in den Mitbestimmungsgremien der Unternehmen beteiligen.
-

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:

-
- politische Rechte für Migrantinnen und Migranten die lokale Demokratie gegen rechtsradikale Tendenzen stärken!
 - Ungleichbehandlung von nichtdeutschen Staatsangehörigen aus unterschiedlichen Herkunftstaaten nicht länger hingenommen werden darf. Sie ist nach unserem Verständnis nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Ungleichbehandlung muss ein Ende gesetzt werden.
-

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:

-
- ❑ Pflichten, wie hier Steuern zu zahlen, an Rechte wie das Wahlrecht geknüpft sein müssen.
 - ❑ Einbürgerung keine Alternative zum kommunalen Wahlrecht ist. Der Lebensgeschichte der Migrantinnen und Migranten entsprechend sollte die generelle Mehrstaatigkeit endlich akzeptiert werden.
-

Ergebnispräsentation einer bundes- und landesweiten Umfrage zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Deutschland

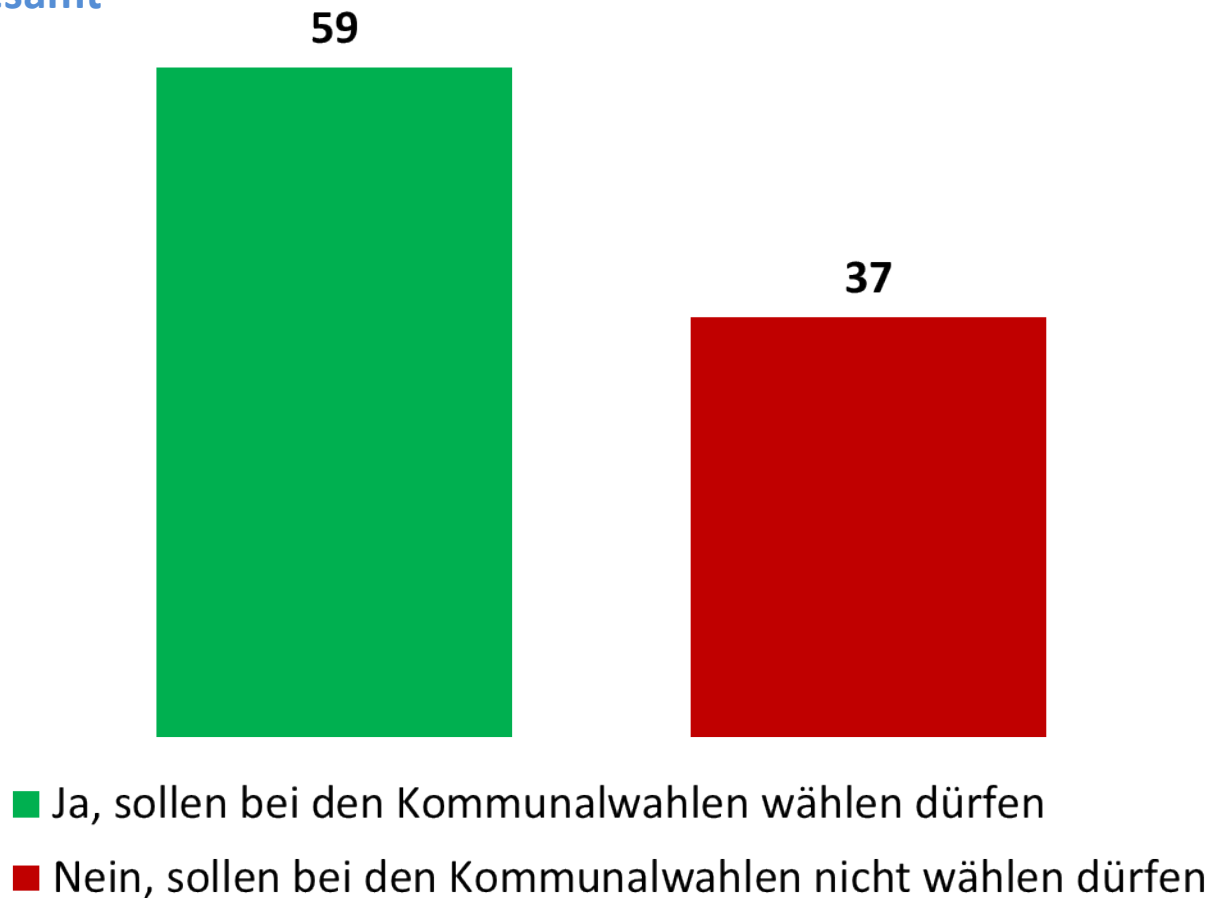
Frage 1

In Deutschland dürfen bei Kommunalwahlen auch ausländische Bürger aus EU-Ländern wählen, die in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde leben. Ausländische Bürger, die nicht aus einem EU-Land kommen und sich hier niedergelassen haben, sind nicht wahlberechtigt.

Was meinen Sie, sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

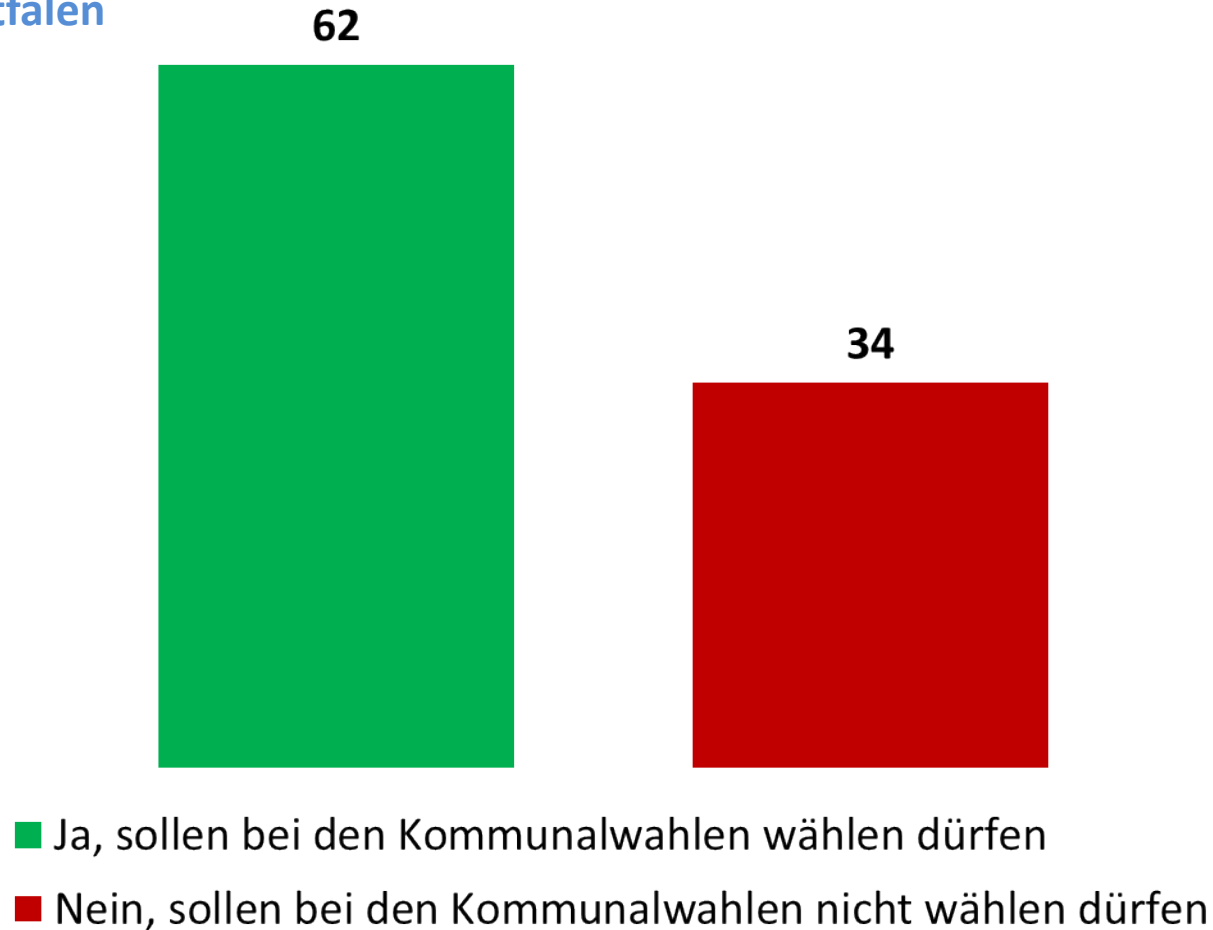
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Deutschland gesamt



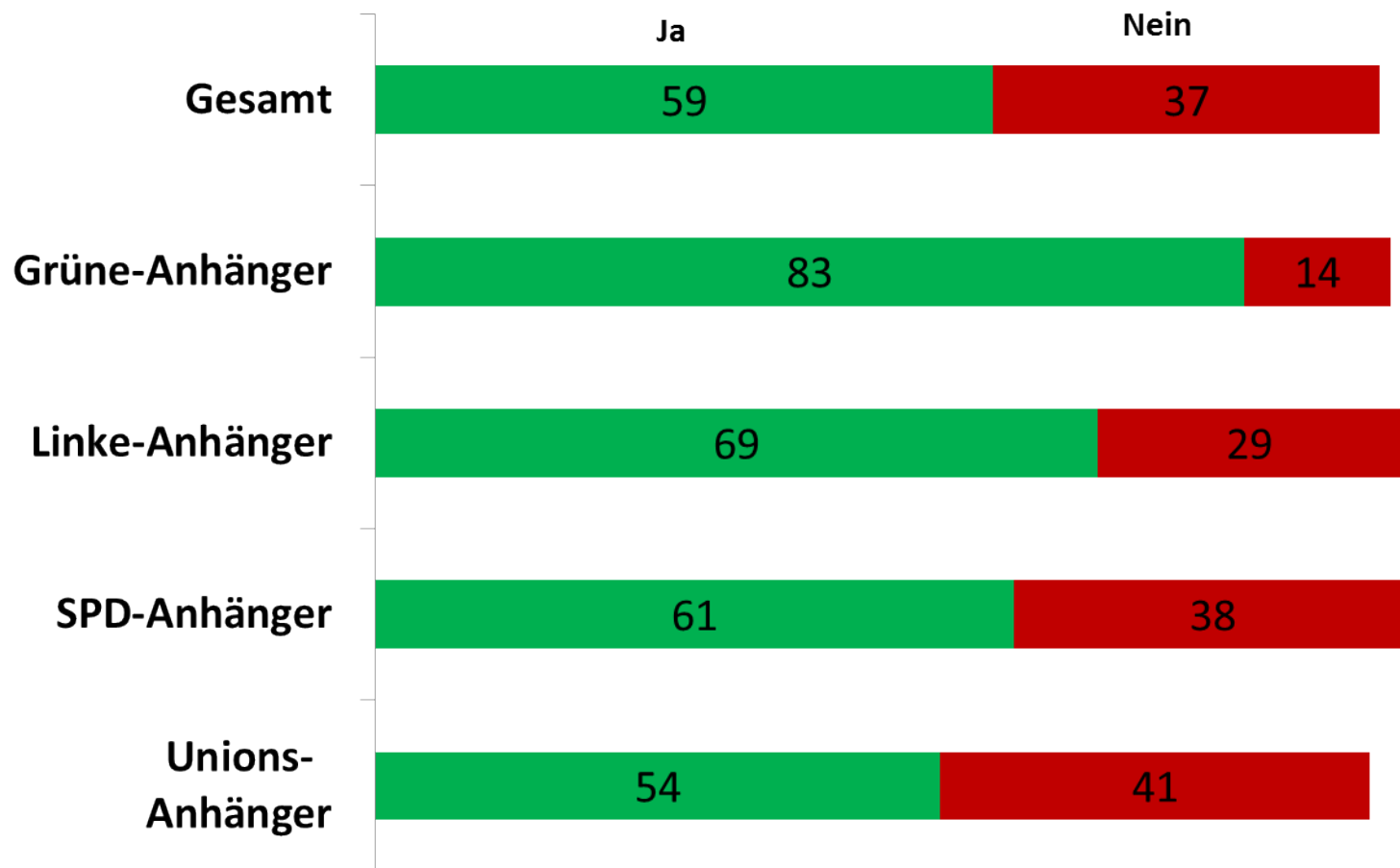
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Nordrhein-Westfalen



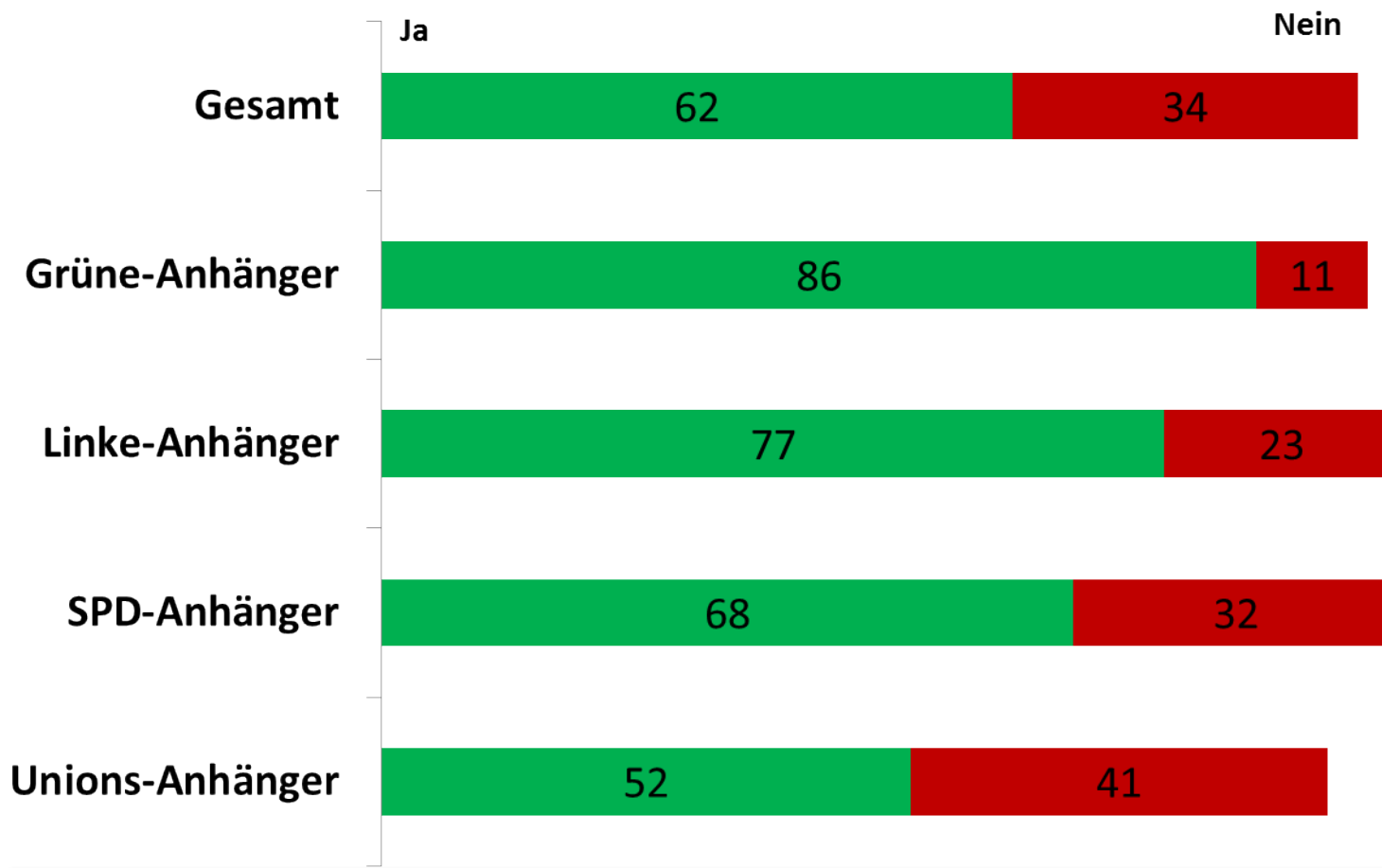
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Deutschland gesamt Parteienpräferenz



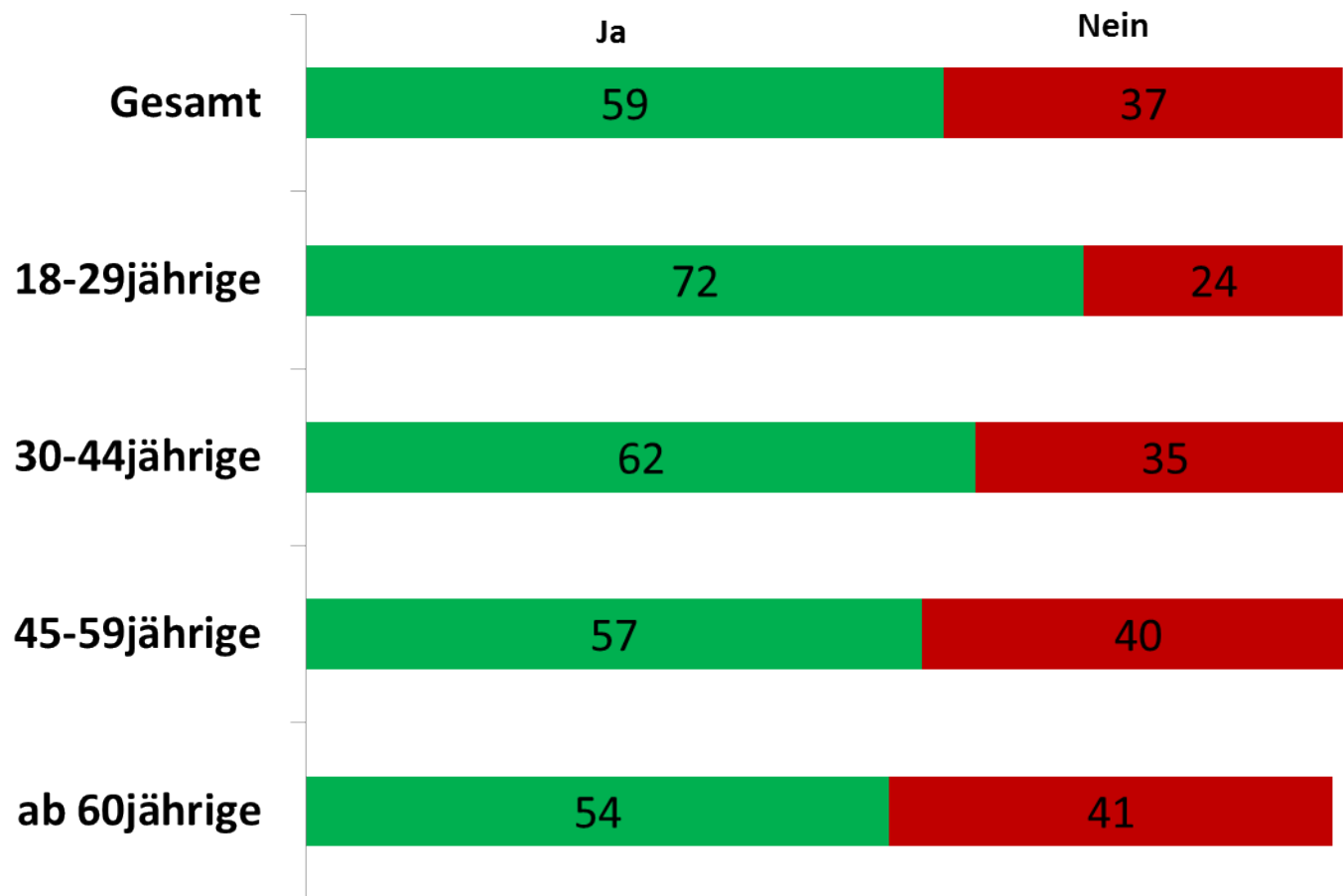
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Nordrhein-Westfalen Parteienpräferenz



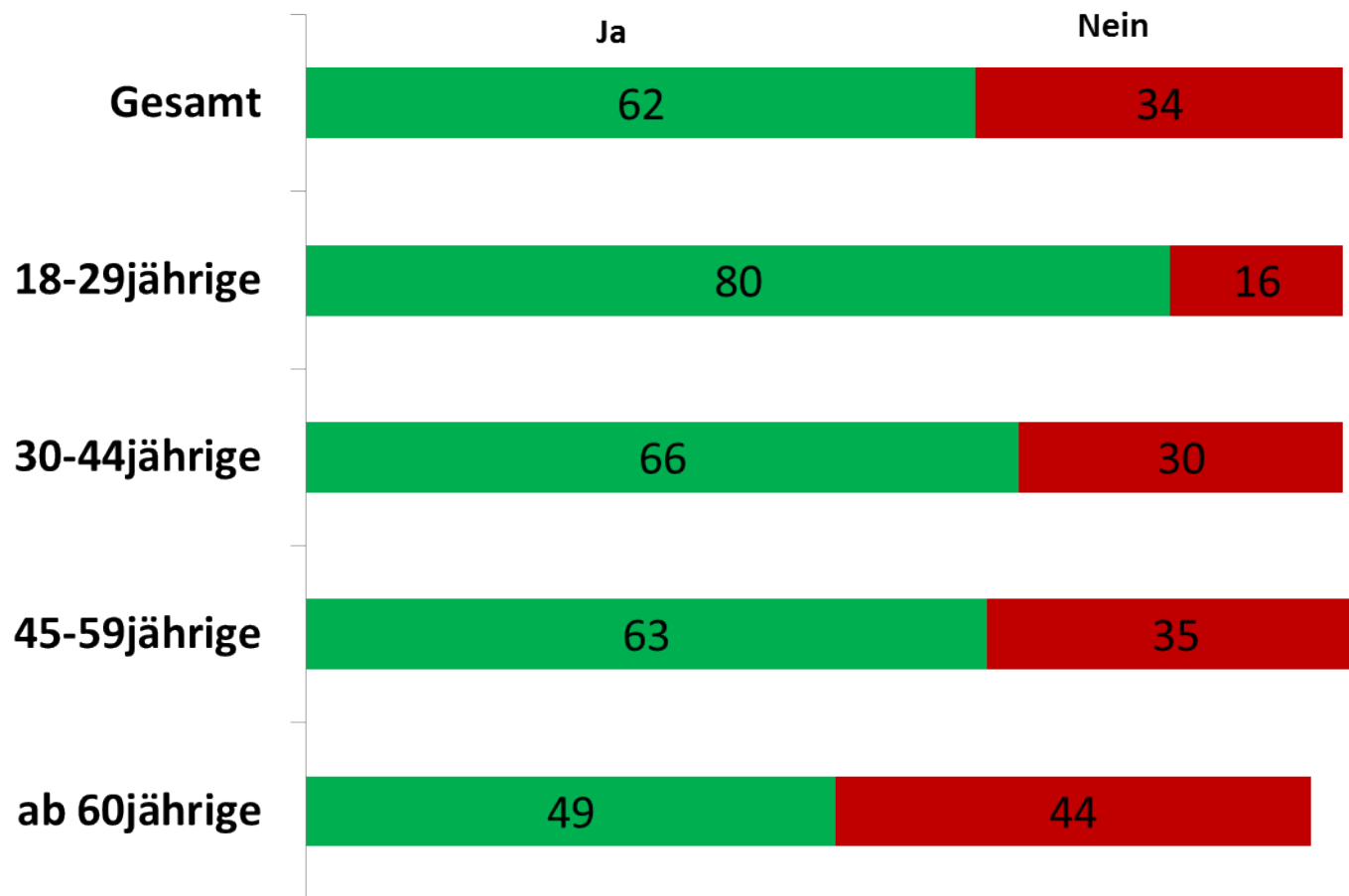
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Deutschland gesamt Altersgruppen



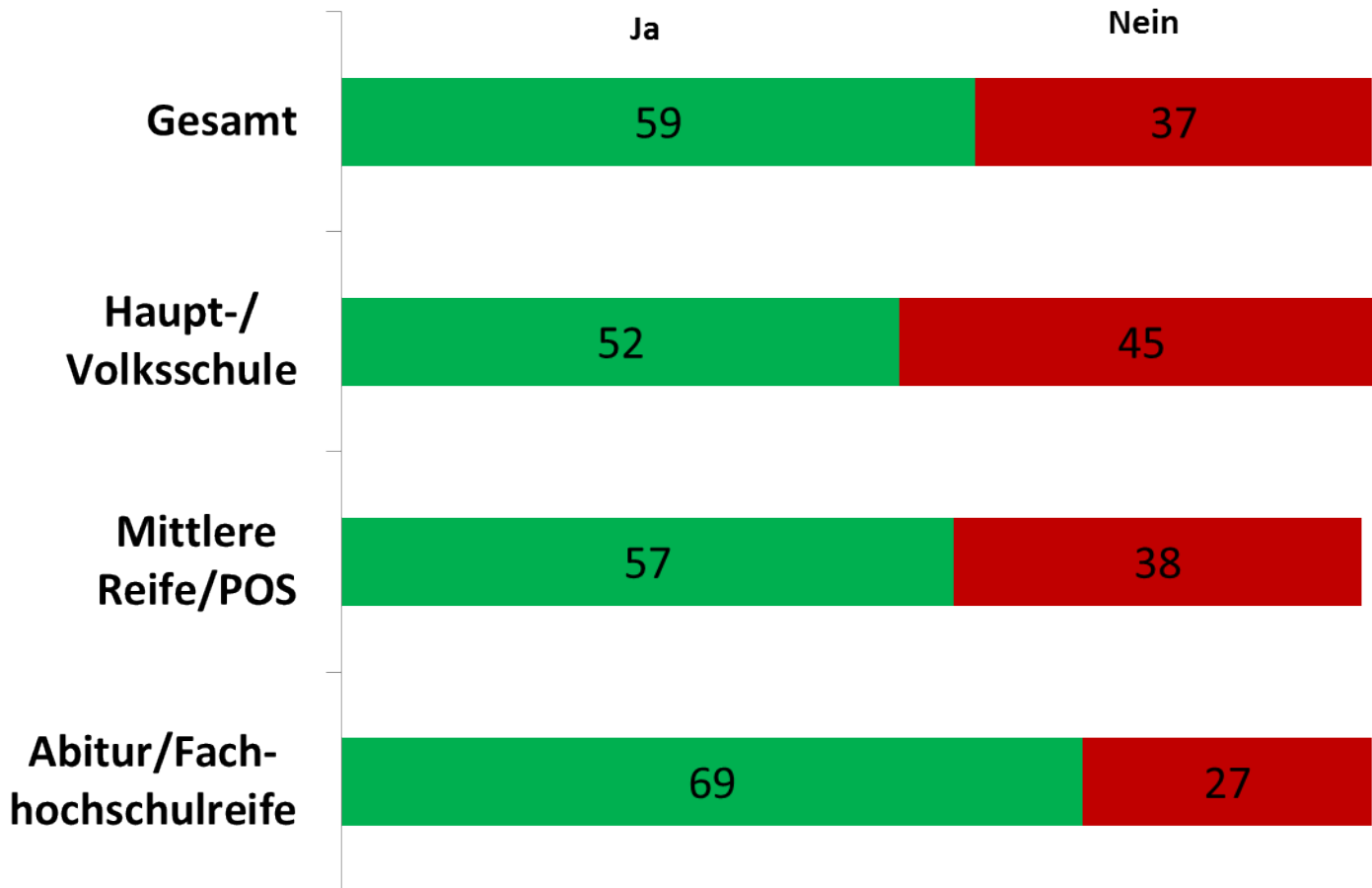
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Nordrhein-Westfalen Altersgruppen



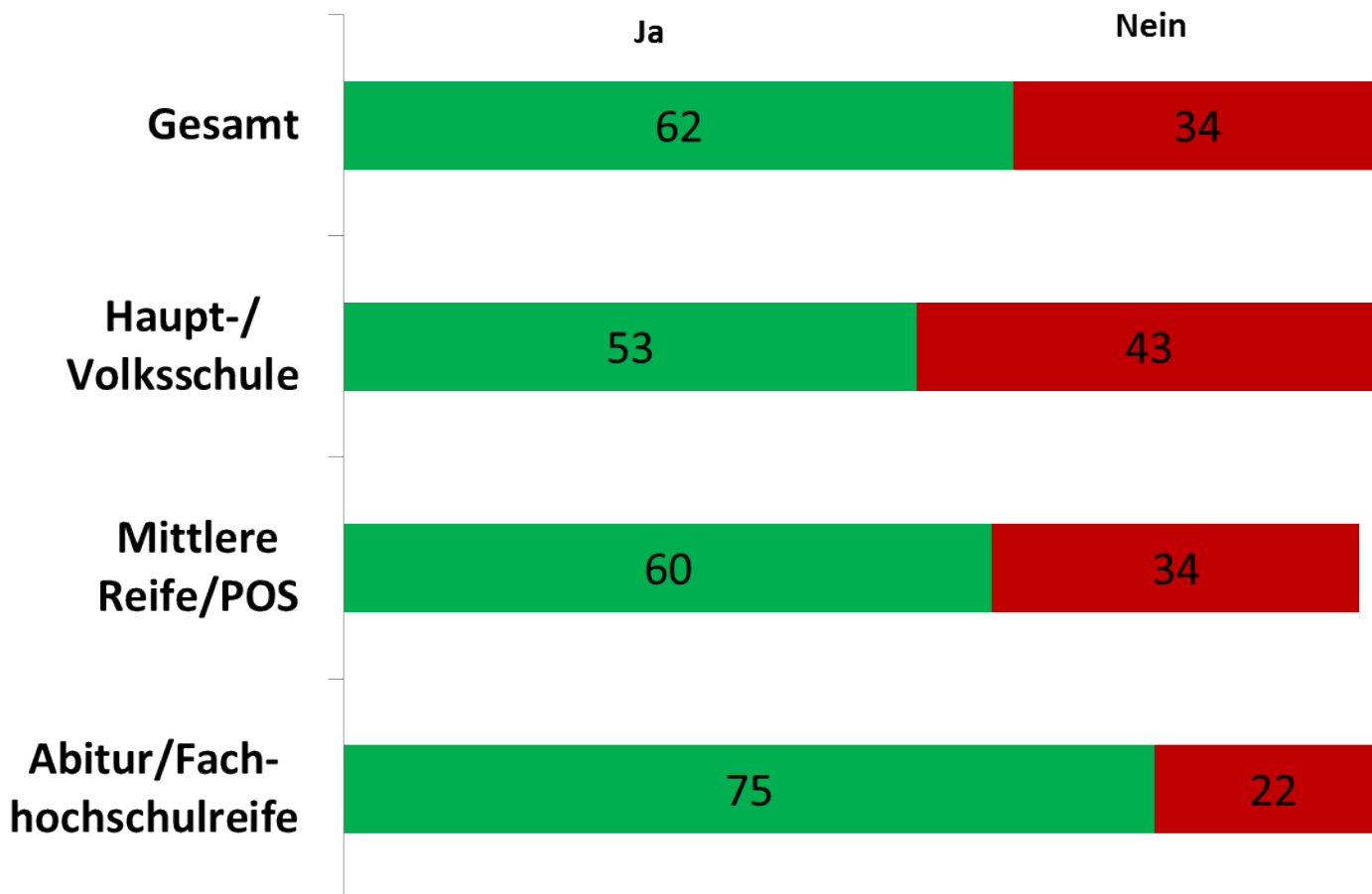
Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Deutschland gesamt Schulabschluss



Frage 1: Sollen auch die auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, bei Kommunalwahlen wählen dürfen?

Nordrhein-Westfalen Schulabschluss

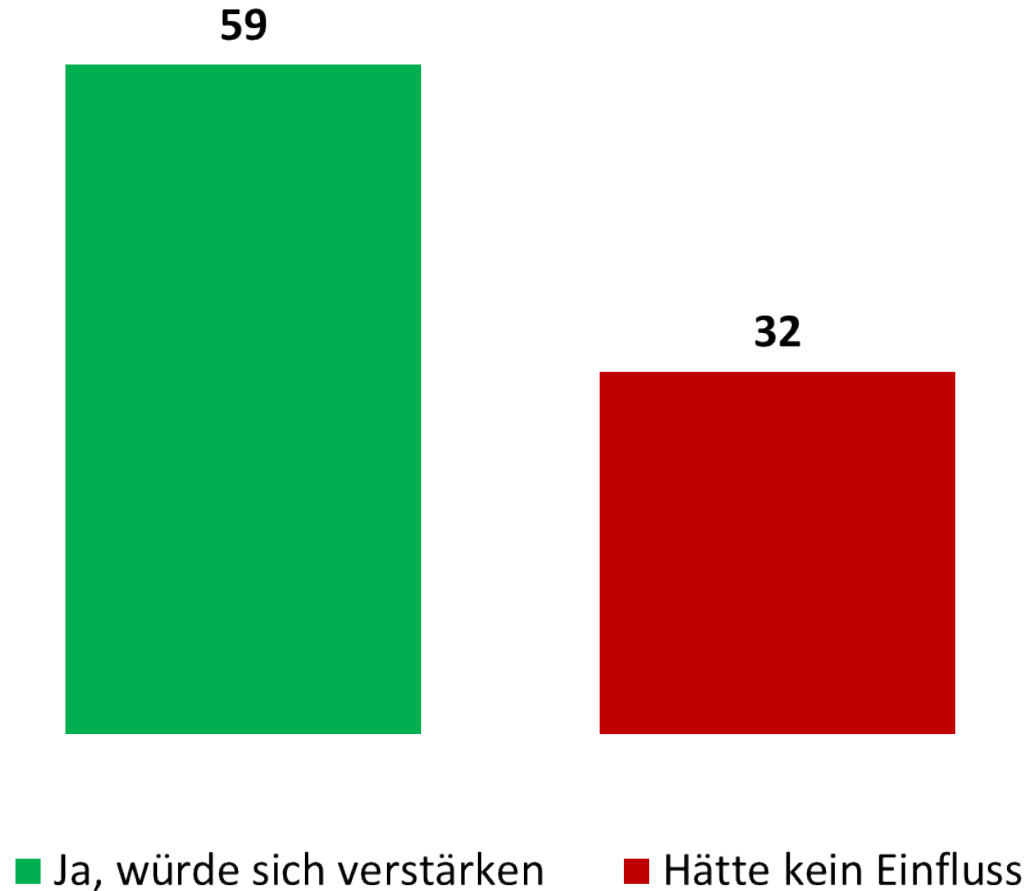


Frage 2

Wenn sich solche auf Dauer in Deutschland lebende ausländische Bürger, die nicht aus einem EU-Land kommen, an den Kommunalwahlen beteiligen dürften - würden sich dann deren Identifikation und Mitverantwortungsgefühl für die Kommune verstärken oder hätte das Ihrer Meinung nach keinen Einfluss?

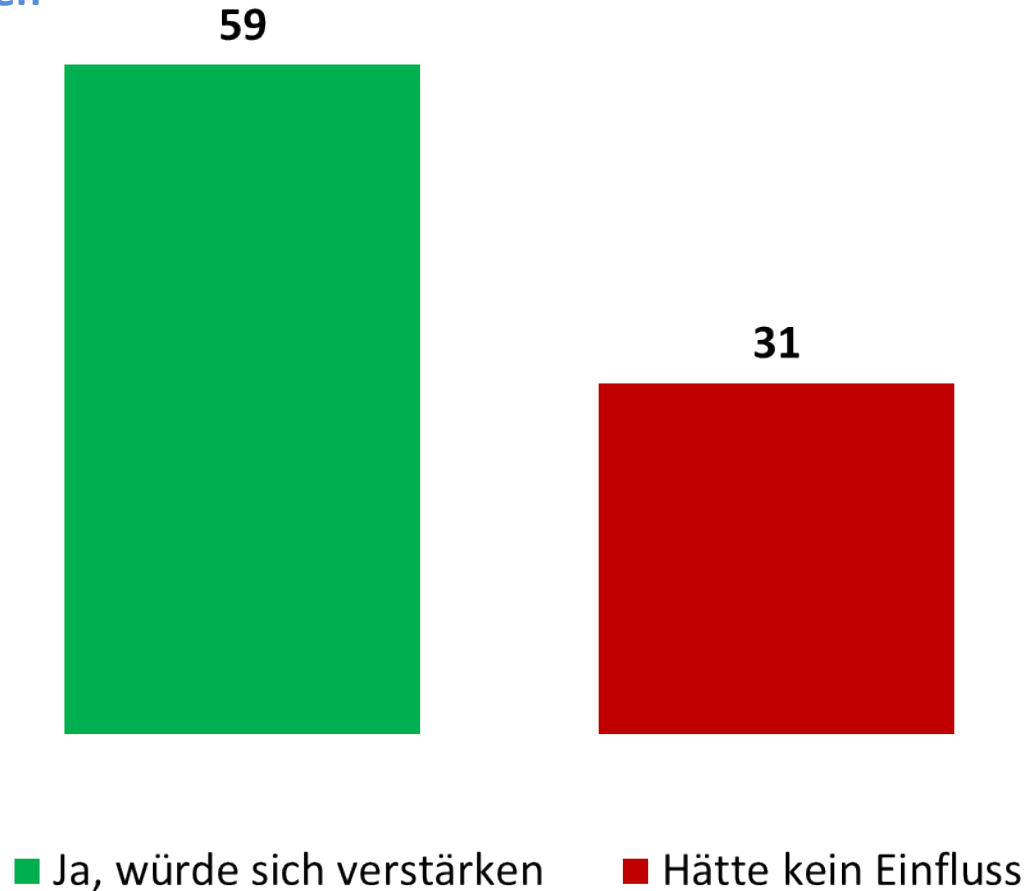
Frage 2: Würde das kommunale Wahlrecht die Identifikation mit der Kommune verstärken oder hätte das Ihrer Meinung nach keinen Einfluss?

Deutschland gesamt



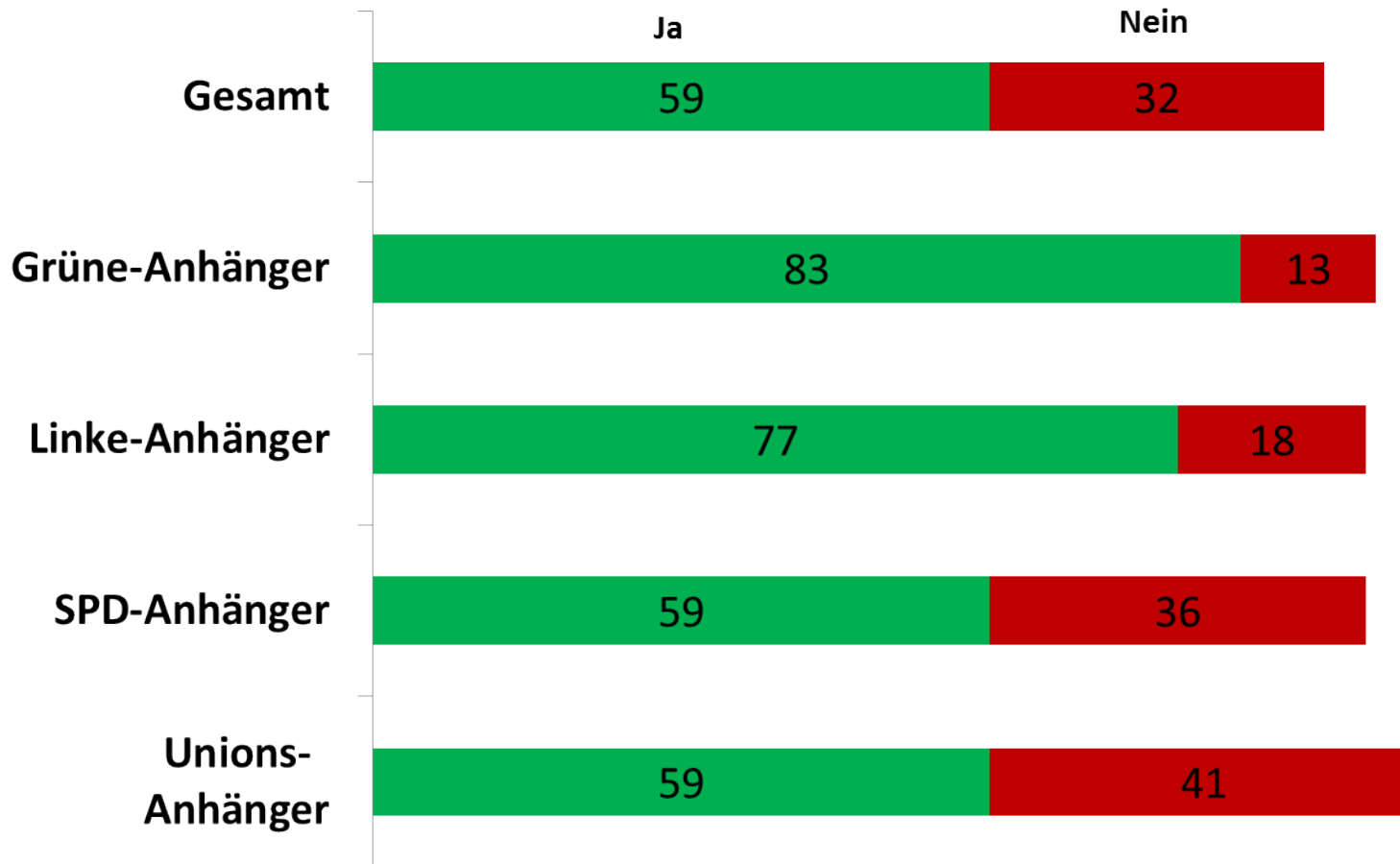
Frage 2: Würde das kommunale Wahlrecht die Identifikation mit der Kommune verstärken oder hätte das Ihrer Meinung nach keinen Einfluss?

Nordrhein-Westfalen



Frage 2: Würde das kommunale Wahlrecht die Identifikation mit der Kommune verstärken oder hätte das Ihrer Meinung nach keinen Einfluss?

Deutschland gesamt
Parteienpräferenz



Frage 2: Würde das kommunale Wahlrecht die Identifikation mit der Kommune verstärken oder hätte das Ihrer Meinung nach keinen Einfluss?

Nordrhein-Westfalen

Parteienpräferenz

